

Stadt Zofingen

## **Protokoll des Einwohnerrates**

**Amtsperiode 2006/09**

### **3. Sitzung**

**Montag, 27. August 2007**

**17.30 – 19.12 Uhr im Stadtsaal**

#### **Vorsitz**

Bruno Hostettler, Ratspräsident

#### **Protokollführer**

Arthur Senn, Stadtschreiber

#### **Anwesend**

37 Mitglieder des Einwohnerrates

7 Mitglieder des Stadtrates

- Catrin Friedli-Accola, Stadtschreiber-Stv.
- Thomas Gloor, Leiter Stabsdienste
- René Küng, Leiter Finanzen und Personal
- Peter Rösler, Rechtsanwalt
- Roland Tschudin, Versicherungsmathematiker

#### **Entschuldigungen**

- Anita Bolliger, Einwohnerrätin
- Philipp Hangartner, Einwohnerrat
- Markus Schlatter, Einwohnerrat

<b><u>Traktanden</u></b>	<b><u>Seite</u></b>
<b>1. Mitteilungen</b>	153
<b>2. Personalvorsorge</b>	
GK 95    Neuregelung der beruflichen Vorsorge für das städtische Personal – Austritt aus der Aarg. Pensionskasse (APK) und Finanzierung Besitzstand	153
<b>3. Parlamentarische Vorstösse</b>	
GK 96    Motion der SP-Fraktion vom 19. März 2007 betr. energetisch nachhaltige Investitionen (Begründung und Beantwortung)	158
GK 97    Motion der SP-Fraktion vom 19. März 2007 betr. Revision der Bau- und Nutzungsordnung (Garagen in der Altstadtzone) (Begründung und Beantwortung)	159
<b>4. Umfrage</b>	160

### **Begrüssung**

Hr. Bruno Hostettler, Ratspräsident, begrüsst die anwesenden Mitglieder des Einwohnerrates, des Stadtrates, die Herren Peter Rösler und Roland Tschudin, die Kaderleute der Verwaltung, die Medienvertreter sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne zur dritten Sitzung im Jahr 2007.

### **Mitteilungen**

Der Vorsitzende gratuliert Einwohnerrat Markus Gfeller und seiner Gattin zur Geburt ihres Sohnes Samuel.

Nachdem gegen das Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 18. Juni 2007 keine Einwände eingegangen sind, wird dieses unter bester Verdankung an den Ratssekretär als genehmigt erklärt.

Dem Einwohnerrat wurde an der heutigen Sitzung die aktualisierte Gemeindeordnung (Änderung Wahlmodus Stadtammann/Vizeammann) verteilt.

### **Neueingänge**

Folgender parlamentarischer Vorstoss ist neu eingegangen:

Motion der SP-Fraktion betr. Umzonung der Parzelle 105 (Finkenhalde)

Art. 63

### **GK 95**

#### **Neuregelung der beruflichen Vorsorge für das städtische Personal – Austritt aus der Aarg. Pensionskasse (APK) und Finanzierung Besitzstand**

Der Vorsitzende informiert, dass er sich bei der Gemeindeabteilung des Kantons Aargau über eine eventuelle Ausstandspflicht von Einwohnerratsmitgliedern, welche selber bei der APK versichert sind, erkundigt hat. Eine solche ist aber gemäss Auskunft der Gemeindeabteilung nicht gegeben.

Hr. Rolf Moor, Präsident der FGPK, hält fest, dass die FGPK am 13. August 2007 in Anwesenheit von 8 Mitgliedern diese Vorlage geprüft und behandelt hat. Anlässlich dieser Sitzung wurde die FGPK mit folgenden Kurzreferaten eingehend informiert:

- Ausgangslage, politische Bedeutung (Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann)
- Vergleich Offerte APK 2008 mit Offerte Comunitas 2008 (Roland Tschudin, Versicherungsmathematiker)
- Stellungnahme Personalverband zum Wechsel der Vorsorgeeinrichtung (Hubert Koller, Präsident Personalverband)
- Rechtliche Situation, Austrittsmodalitäten bei der APK, Prozessrisiko (Peter Rösler Rechtsanwalt)

Sämtliche Fragen konnten präzise und korrekt beantwortet werden.

#### Vorstellung der Fachexperten

Herr Roland Tschudin ist dipl. Versicherungsmathematiker und Inhaber der Roland Tschudin Unternehmensberatung AG, welche auf Vorsorgefragen spezialisiert ist. Zudem ist er Berater der Kantonsregierung Basel-Land und von diversen Firmen wie Roche, EMS-Chemie in Pensionskassenfragen. Er hat als Fachexperte in der stadträtlichen Arbeitsgruppe von Zofingen Einsitz genommen.

Herr Peter Rösler besitzt das Anwaltspatent des Kantons Basel-Land. Von 1987 – 1997 war er Chef des Rechtsdienstes des Regierungsrates des Kantons Appenzell-Ausserrhoden. Seit 2001 ist er selbständiger Rechtsanwalt in St. Gallen mit Schwerpunkt im Bereich der beruflichen Vorsorge. Er ist ebenfalls nebenamtlicher Leiter der Stiftungsaufsicht Appenzell-Ausserrhoden. Die Stadt Zofingen hat Herr Rösler als Experte für rechtliche Fragen in Bezug auf die berufliche Vorsorge sowie als Vertreter bei einer allfälligen rechtlichen Auseinandersetzung mit der APK beigezogen.

Der Einwohnerrat wurde im Vorfeld zu diesem Traktandum bereits mehrmals detailliert informiert. Im Weiteren hat der Stadtrat eine sehr gut ausgearbeitete Vorlage, in welcher sämtliche technischen und politischen Informationen vorhanden sind, vorgelegt. Aus diesem Grund verzichtet der Redner bewusst, vertieft auf die Komplexitäten wie Wertschwankungsreserve, Deckungsgrad, Besitzstand, Technischer Zins usw. einzugehen. Er beschränkt sich auf eine kurze Zusammenfassung über die Geschichte des Pensionskassenwechsels. Die Kommission hat dem stadträtlichen Antrag mit 8 : 0 Stimmen zugestimmt.

#### **Einleitung**

Der aargauische Grosse Rat hat Ende 2007 entschieden, die APK, mit zum Teil unverschämten Vorstellungen wie z.B. Wertschwankungsreserve von 15 %, zu sanieren. Dies hätte für die Stadt Zofingen Kosten von zirka 15 – 20 Mio. Franken zur Folge gehabt. Diese hohen Kosten haben den Stadtrat und die Verwaltung veranlasst, die Angelegenheit genauer zu hinterfragen und nach Alternativen zu suchen. Da die Pensionskasse eine sehr komplizierte und technische Angelegenheit ist, mussten folgende fundierte Vorarbeiten geleistet werden:

- Prüfung von Alternativen und Angeboten von verschiedenen Anbietern, Prüfung einer selbständigen Pensionskasse etc.
- Vergleiche der verschiedenen Angebote wie Kosten, Leistungen usw.
- Laufend enge Zusammenarbeit mit dem Vorstand des Personalverbandes der Einwohnergemeinde Zofingen
- Diverse Verhandlungen mit der APK
- Bildung einer Arbeitsgruppe, welche laufend mit Fachexperten ergänzt wurde
- Verschiedene Informationen an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, politische Behörden usw.

Nach fundierten, gründlichen und fachlichen Abklärungen stellte sich die Lösung mit der Comunitas Vorsorgestiftung des Schweizerischen Gemeindeverbandes als Favorit heraus.

Die Variante garantiert auch, dass sämtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Einwohnergemeinde Zofingen die gleichen Leistungen wie bei der heutigen APK erhalten.

### Finanzierung

Auch für den Arbeitgeber, die Einwohnergemeinde Zofingen, ergibt diese Lösung ein höchst erfreuliches Resultat.

Würde die Stadt Zofingen bei der APK bleiben, ergäben sich folgende Kosten:

• Kosten für Wertschwankungsreserve und Ausfinanzierung	CHF 12'800'000.–
• Kosten für Finanzierung Besitzstand	<u>CHF 3'000'000.–</u>
Total Aufwendungen bei APK	<u>CHF 15'800'000.–</u>

Die Kosten bei der Comunitas belaufen sich auf:

• Ausfinanzierungskosten	CHF 2'800'000.–
• Kosten für Finanzierung Besitzstand	CHF 2'000'000.–
• Einlage in Technische Reserve	<u>CHF 700'000.–</u>
Total Aufwendungen bei Comunitas	<u>CHF 5'500'000.–</u>

Folglich kann die Einwohnergemeinde Zofingen mit der Comunitas-Lösung beachtliche CHF 10'300'000.– netto sparen. Somit kann dieser Betrag sinnvoll in die Zukunft und die Weiterentwicklung der Stadt Zofingen investiert werden. Man kann es drehen und wenden wie man will, aber der Grosse Rat war sich wohl bei seiner Entscheidung Ende letzten Jahres nicht ganz bewusst, was er mit seinen Forderungen ausgelöst hat.

### Prozessrisiko

Fachexperte Rechtsanwalt Peter Rösler hat mit eindrücklichen und überzeugenden Argumenten erklärt, dass das Prozessrisiko als sehr gering eingestuft werden kann. Sprechen doch sehr viele Punkte von der Rechtslage her eindeutig für Zofingen. Aber der Einwohnerrat muss sich auch bewusst sein, dass trotz aller positiven Tendenzen gleichwohl ein Restrisiko bei einem Prozess besteht. Die evtl. Prozesskosten sind aber im Verhältnis zu den Kosten, welche dieses Geschäft mit sich zieht, eher bescheiden. Man muss von Prozesskosten von zirka CHF 30'000.– bis CHF 50'000.– ausgehen. Die Kosten sind auch abhängig vom Aufwand, Streitwert und der Anzahl Instanzen. Diese Faktoren sind zum heutigen Zeitpunkt nicht definierbar. Analysiert man auch diesen Bereich, kann man das Restrisiko bei einem allfälligen Prozess doch mit gutem Gewissen verantworten, wenn man bedenkt, dass man mit der Comunitas-Lösung doch rund CHF 10'000'000.– einsparen kann.

### Zusammenfassung

Der Stadtrat und die Verwaltung haben dieses Geschäft richtig analysiert und dementsprechend professionell vorbereitet, womit heute dem Parlament eine ausgezeichnete Vorlage präsentiert werden kann. Im Namen der FGPK recht herzlichen Dank der Verwaltung, dem Stadtrat, dem Vorstand des Personalverbandes und den Fachexperten für die hervorragende und vor allem zeitintensive und hoch qualifizierte Arbeit.

Mit der neuen Lösung sind sämtliche Mitarbeitenden der Einwohnergemeinde Zofingen zufrieden. Der Arbeitgeber, die Einwohnergemeinde Zofingen, kann damit rund CHF 10'000'000.– einsparen, die in die Zukunft der Stadt Zofingen investiert werden können. Es besteht ein Prozessrisiko bei einer rechtlichen Auseinandersetzung mit der APK, welches aber als sehr gering eingestuft werden kann.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtmann, stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation nochmals kurz die wichtigsten Eckdaten dieses Geschäftes vor.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet der Vorsitzende die Eintretensdebatte.

Hr. Heinz Lehmann erklärt, dass die FDP-Fraktion dieses Geschäft ausführlich diskutiert hat und dabei insbesondere die Ausgangssituation zu dieser Vorlage analysierte. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Pensionskassen haben sich in den letzten Jahren wesentlich verändert. Als Konsequenz daraus haben viele Vorsorgeeinrichtungen einen Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat bereits vollzogen, so auch z.B. die Pensionskasse der UBS. Die FDP-Fraktion hat darum Verständnis für den Entscheid der APK, ebenfalls einen Systemwechsel zu vollziehen. Mit der gleichzeitigen Ausfinanzierung der Deckungslücke von rund 10 % und der zusätzlichen Äufnung der Wertschwankungsreserve von 15 % zu Lasten der Steuerzahler ist man aber doch zu weit gegangen.

Die FDP-Fraktion ist aus diesen Gründen überzeugt, dass mit dem vorgeschlagenen Wechsel von der APK zur Comunitas eine sehr gute Lösung zur Zufriedenheit aller gefunden werden konnte. Mit der Zusicherung der vollen Besitzstandswahrung, die immerhin Kosten von rund 2 Mio. Franken zur Folge hat, und einer gleich bleibenden Finanzierung der Beiträge von 60 % Arbeitgeber zu 40 % Arbeitnehmer zeigt sich die Stadt Zofingen gegenüber ihren Mitarbeitenden sehr grosszügig. Ein besonderer Dank für die grosse Arbeit im Zusammenhang mit dieser Vorlage gebührt Herrn René Küng, Leiter Finanzen. Die FDP-Fraktion wird dieser Vorlage klar zustimmen.

Hr. Peter Wullschleger erklärt, dass die SP-Fraktion der Neuregelung der beruflichen Vorsorge für das städtische Personal zustimmt. Dies mag überraschen, und die SP-Fraktion ist über diesen Entscheid auch nicht erfreut. Die APK war während Jahrzehnten ein zuverlässiger Partner auch für Zofingen und konnte sich auf dem Markt gut behaupten. Der Referent der FGPK hat in seinem Referat festgehalten, dass sich der Grosse Rat nicht bewusst war, welche Auswirkungen seine Entscheidungen in Bezug auf die APK für die Gemeinden haben. Dieser Aussage möchte er vehement widersprechen. Dem Grossen Rat waren die Auswirkungen sehr wohl bewusst, er wurde auch von verschiedenen Seiten darauf aufmerksam gemacht. Es ist doch vielmehr so, dass es der bürgerlichen Mehrheit nicht passt, wenn eine öffentlich-rechtliche Organisation erfolgreich auf dem Markt auftritt. Es ist aber doch sehr verdienstvoll, dass sich die Stadt Zofingen einen Wechsel überlegt hat. Für die SP-Fraktion sind die Leistungen und Bedingungen für das Personal das Wichtigste. Die linearen Beiträge bei der Comunitas sind richtig und sinnvoll. Die Leistungen der Comunitas entsprechen in etwa denjenigen der APK, ganz klar besser bei der Comunitas ist der Besitzstand. Für das städtische Personal ist der Wechsel sicher vorteilhaft. Zudem können 10 Mio. Franken eingespart und sinnvoll investiert werden. Die rechtlichen Ausführungen durch Herrn Rösler waren sehr aufschlussreich, und doch wäre es vielleicht sinnvoll gewesen, wenn sich der Stadtrat noch eine Zweitmeinung eingeholt hätte. Nichts desto trotz fährt die Stadt Zofingen wie auch das städtische Personal mit diesem Wechsel besser.

Die SP-Fraktion hat bereits im Frühjahr 2007 mit der APK Kontakt aufgenommen und sich nach den Vor- und Nachteilen des Systemwechsels erkundigt. Bis heute hat sie jedoch keine Antwort erhalten. Ebenfalls wurde die Geschäftsleitung der APK darauf aufmerksam gemacht, dass es sehr sinnvoll wäre, wenn das städtische Personal von Zofingen, vor der Abstimmung über einen Pensionskassenwechsel, durch die APK eingehend informiert würde. Ansonsten wäre es klar, dass das Personal einem Wechsel zustimmen wird. Leider hat auch diese Information nicht stattgefunden, und die SP-Fraktion ist über die Haltung der APK enttäuscht. Diese Gründe haben die SP-Fraktion dazu bewogen, dieser Vorlage zuzustimmen.

Es sind doch zwei negative Punkte zu erwähnen. Der Einwohnerrat kann nicht darüber bestimmen, ob den Personen, welche sich eine vorzeitige Pensionierung überlegen, ein besseres Angebot unterbreitet werden kann. Der Einwohnerrat kann lediglich über die Besitzstandswahrung von CHF 2'000'000.– beschliessen. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass man in diesem Bereich etwas grosszügiger hätte sein können, als nur über die angegebenen Jahre den Ausfall zu finanzieren. Über die Behandlung und die Teuerungszulagen der bisherigen Rentner/Rentnerinnen kann aber diskutiert werden. Es wurde erwartet, dass an der heutigen Sitzung auch die entsprechenden Anpassungen des Dienst- und Besoldungsreglements vorliegen. An der FGPK-Sitzung wurde informiert, dass der Stadtrat die Teuerungszulage für die bisherigen Rentner/Rentnerinnen nicht mehr übernehmen will. Dies kann die SP-Fraktion nicht akzeptieren, da die Teuerungszulage bei den zukünftigen Rentnern/Rentnerinnen durch die

Comunitas übernommen wird. Sollte die Teuerungszulage für die bisherigen Rentner/Rentnerinnen wirklich ab 2008 nicht mehr übernommen werden, wird sich die Fraktion bei der Teilrevision des Dienst- und Besoldungsreglements an der November-Sitzung wehren.

Hr. Robert Weishaupt erklärt, dass die Fraktion der Dynamischen Mitte der Meinung ist, dass die Lösung mit der Comunitas sicher gleichwertig, wenn nicht sogar besser ist, als ein Verbleib bei der APK. Die Ausgangslage für Zofingen scheint hervorragend zu sein, und die komplexe Sachlage wurde kompetent erläutert. Die Fraktion der Dynamischen Mitte ist zum Schluss gekommen, dass ein Wechsel sinnvoll und richtig ist und wird dem Antrag einstimmig zustimmen. Die Fraktion bedankt sich bei allen Beteiligten dieses Projekts und lobt die sehr gute Arbeit.

Hr. Hansruedi Hauri erklärt, dass die SVP-Fraktion die Vorlage kritisch geprüft hat und dem Antrag einstimmig zustimmen wird.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet der Vorsitzende die Detailberatung über die Vorlage.

### 3. Neues Vorsorgekonzept

Hr. Hans Rudolf Schlatter stellt fest, dass gemäss Vorsorgeplan der Comunitas die Stadt für die 60- bis 65-jährigen Mitarbeiter/innen eine Prämie von 20 % bezahlen muss. Dies ist sicher kein Anreiz, ältere Personen einzustellen. Warum ist diese Prämie so hoch?

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtkammann, erklärt, dass diese Abstufungen nicht nur von der Comunitas, sondern jetzt auch von der APK angewendet werden. Diese Abstufungen gelten aber nicht für das neue Zofinger-Modell der Comunitas, da die Arbeitnehmenden solidarische Beiträge entrichten. Und keinesfalls ist es ein Grund, dass keine älteren Personen angestellt werden.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Der Vorsitzende lässt über die stadträtlichen Anträge abstimmen:

1. *Dem Austritt der aktiven Mitarbeitenden der Einwohnergemeinde Zofingen aus der Aargauischen Pensionskasse (APK) auf den 31. Dezember 2007 sei zuzustimmen.*

Der Antrag wird mit 36 : 0 Stimmen angenommen.

2. *Der Stadtrat sei zur Neuregelung der beruflichen Vorsorge für die Mitarbeitenden der Einwohnergemeinde mit Wirkung ab 1. Januar 2008 im Sinne der vorstehenden Ausführungen zu ermächtigen.*

Der Antrag wird mit 36 : 0 Stimmen angenommen.

3. *Zur Finanzierung der Besitzstandswahrung gemäss der gegenüber den Mitarbeitenden abgegebenen Garantie sei ein Verpflichtungskredit von CHF 2'000'000.– zu bewilligen.*

Der Antrag wird mit 36 : 0 Stimmen angenommen.

4. *Der Stadtrat sei zu ermächtigen, zur Förderung der vorzeitigen Pensionierung gegenüber Mitarbeitenden der Jahrgänge 1945 bis und mit 1947, die in der Zeit zwischen 1. Januar 2007 und 30. November 2007 vorzeitig in Pension gehen oder gegangen sind, den Ausgleich der dadurch entstehenden Rentenkürzungen während insgesamt längstens 8 Jahren zuzusichern. Die Finanzierung sei zu Lasten der Ausfinanzierungskosten (gebundene Ausgabe) vorzunehmen. Der Stadtrat sei zur Regelung der Details und zum Vollzug zu ermächtigen.*

Der Antrag wird mit 34 : 0 Stimmen (bei Enthaltungen) angenommen.

Art. 64**GK 96****Motion der SP-Fraktion vom 19. März 2007 betr. energetisch nachhaltige Investitionen**

Hr. Philippe Dietschi erklärt, dass die Förderung von erneuerbaren Energien und Energiesparen den grössten gemeinsamen Nenner darstellen, welcher von praktisch allen Parteien gerade in diesem Jahr gefordert wird. Genauso wie in der Klimawissenschaft Konsens über die Gründe und Folgen des Klimawandels bestehen, besteht folglich politischer Konsens in der Energiepolitik darüber, dass man das Potenzial sowohl vom einen als auch vom andern ausschöpfen sollte, mehr als man es bisher gemacht hat. Auch in der Stadt Zofingen scheint das Klima günstig zu sein, so haben 23 Einwohnerräte/Einwohnerrätinnen aus allen hier vertretenen Parteien die Motion bei der Einreichung unterschrieben. Die Motion verlangt, dass die zwei Säulen – erneuerbare Energie und Energieeffizienz – künftig zum Prüfungsfundament von stadträtlichen Projekten werden, und beim Projekt „Stadtsaal“ möchte man, dass dies nicht nur geprüft wird, sondern dass eine nichtfossile Heizung diesen Saal erwärmen wird.

Mit der Motion für energetisch nachhaltige Investitionen möchte man erreichen, was der Stadtrat mit den bisherigen Vorlagen in diesem Jahr präsentiert hat. Seien es die energieeffizienten Kühlräume in der neuen Kanti-Mensa, der Minergie-Anbau bei der HPS oder das kommende Projekt der sonnengewärmten Duschen in der Trinermatte. All diese Projekte entsprechen genau dem Sinn der Motion. Man könnte sich fragen, ob man mit dieser Motion nicht offene Türen einrennt. Umso besser, wenn Türen zu den neuen umweltschonenden Technologien gemeinsam aufgeschlagen werden. Zur Erklärung ist hilfreich, dass diese Motion in einer längst vergangenen Zeit entstanden ist, als bei der Volière ein bestehender Gasabschluss fast zu einem erneuten Einbau einer Gasheizung geführt hätte.

Der Stadtrat soll sich durch diese Motion bestärkt fühlen, auf dem Weg der nachhaltigen Investitionen weiterzugehen. Investitionen, welche Klima, Ressourcen, Umwelt und schliesslich die Rechnung der Stadt Zofingen schonen. Die zwei ökologischen Säulen sollen für die Verwaltung mehr sein als der Passus für die Einwohnerratsvorlagen. Mit dem Erlangen des Labels „Energistadt“ steht nun auch Zofingen im Wettbewerb um den energieeffizientesten Einsatz von Ressourcen, wie das bereits viele andere Gemeinden sind. Es ist schön, aber auch dringend nötig, dass sich Zofingen diesem Wettbewerb stellt und zur Mitspielerin unter den Gemeinden wird. Was gegen aussen der Wettbewerb ist, ist gegen innen die Vorbildfunktion einer Gemeinde gegenüber den privaten Bauherren und Investoren. Wenn die Stadt bei ihren Projekten nicht auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien setzen würde, wäre es auch schwierig, dies bei Privatpersonen zu verlangen und zu fördern. Aus all den genannten Gründen bittet er, diese Motion zu unterstützen.

Hr. Hansruedi Gilgen, Stadtrat, stellt fest, dass diese Motion grundsätzlich offene Türen einrennt. Es ist heute selbstverständlich, dass insbesondere bei Neubauten der Minergiestandard angestrebt wird. Er erinnert an den Erweiterungsbau der Heilpädagogischen Sonderschule, der diesen Kriterien genügt. Bei Sanierungen wird geprüft, wie weit der Einsatz von erneuerbaren Energien möglich ist und unter Würdigung aller Aspekte tatsächlich auch Sinn macht.

Für die am Anfang der Planung stehende Erweiterung des Stadtsaales – hier soll der Bau dem Minergiestandard genügen – und umfangreichen Sanierungsmassnahmen im Turnhallenbereich der Bezirksschule sind energetisch nachhaltige Investitionen im Sinn der Motion vorgesehen.

Zur Erarbeitung der Grundlagen im Hinblick auf die sachrechtliche Abtretung der Fernheizzentrale im Stadtsaal von der Einwohnergemeinde an die StWZ Energie AG hat der Stadtrat vor fünf Jahren ein spezialisiertes Ingenieurbüro mit einer umfassenden Untersuchung des Fernwärmenetzes Stadtsaal beauftragt. Neben der Zustandsaufnahme sind auch Vorschläge zur Neukonzeption des Fernheiznetzes erarbeitet worden.

Die im Bericht aufgezeigten Schwachstellen – vor allem in den Übergabestationen der insgesamt 21 mit Fernwärme versorgten privaten und öffentlichen Liegenschaften – wurden seither

sukzessive behoben. Zur weiteren Optimierung der Fernheizung soll die Warmwasseraufbereitung im Sommer in den einzelnen Objekten unabhängig von der Fernheizung erfolgen. Dies wird es erlauben, die Fernheizung in den Sommermonaten über längere Zeit abzustellen. Entsprechende Mittel werden in den Voranschlag 2008 aufgenommen.

Zum Erneuerungskonzept hält der Bericht folgende Randbedingungen fest: „Dabei gilt es für alle Beteiligten, einen langfristigen Betrieb unter wirtschaftlich interessanten und ökologisch sinnvollen Verhältnissen gewährleisten zu können.“ Gestützt auf dieses Konzept zeigt sich, dass der vollständige Ersatz der Fernheizzentrale weder sinnvoll, noch nötig ist. Allerdings sollen die sechs über zwanzigjährigen Gaskessel demontiert und an deren Stelle eine Wärmepumpe, die Erdwärme nutzt, eingebaut werden. Die erst 1993 erneuerten Heizkessel decken die Spitzenlast im Bereich von Aussentemperaturen unter 5 °C ab. Auch bei der Strassenbeleuchtung werden Massnahmen zur Energieeffizienz durchgeführt. Die alten Leuchtmittel werden – im Rahmen des Unterhalts – laufend durch neue, effizientere Leuchtmitteltypen ersetzt. Nachtsenkungen erfolgen dort, wo es die Sicherheit erlaubt. Verkehrssicherheit und öffentliche Sicherheit setzen jedoch einer weiteren Verminderung der Leuchtdichte und -stärke Grenzen.

Soweit möglich versucht der Stadtrat auch bei privaten Investoren den Einsatz von Alternativenergien zu fördern. So besteht im Rahmen des Gestaltungsplanes „Forstacker“ die Auflage, eine Holzschnitzelfeuerung einzusetzen. Auch bei der Erweiterung des Seniorenzentrums steht der Einsatz einer Holzschnitzelfeuerung im Vordergrund. Definitive Abklärungen dazu sind noch im Gang. Zusätzlich wird im Zusammenhang mit der Erweiterung geprüft, auf dem Flachdach des Seniorenzentrums „Im Tanner“ Sonnenkollektoren für die Warmwasseraufbereitung zu installieren.

Der Stadtrat richtet sein Augenmerk aber nicht nur auf die in der Motion angesprochenen Bereiche (Heizungen, Gebäudehüllen, Haustechnik/Beleuchtung, Neubauten), sondern verlangt auch bei der Anschaffung von Büro- und andern Geräten Modelle, die den Kriterien der Energieeffizienzklasse A genügen. Der Stadtrat ist, unter dem Vorbehalt der hier gemachten Erläuterungen, bereit, diese Motion entgegenzunehmen.

Hr. Hansruedi Hauri erklärt, dass die SVP-Fraktion nicht grundsätzlich gegen erneuerbare Energien ist. Es sollte aber auch in Zukunft zwischen Sinn und Unsinn von solchen Investitionen unterschieden werden können. Aus diesem Grund kann die Fraktion der Überweisung der Motion nicht zustimmen.

Der Überweisung der Motion wird mit 29 : 7 Stimmen zugestimmt.

Art. 65

**GK 97**

### **Motion der SP-Fraktion vom 19. März 2007 betr. Revision der Bau- und Nutzungsordnung (Garagen in der Altstadtzone)**

Hr. Hans-Martin Plüss hält fest, dass vor zirka elf Jahren die Fussgängerzone in der Vorderen Hauptgasse geschaffen wurde. Es war damals die Rede davon, dass weitere Etappen realisiert werden. Diese sind aber offenbar auf Widerstände gestossen. Im Rahmen der Revision der Bau- und Nutzungsordnung muss man sich über das Verkehrsregime Gedanken machen. Privatgaragen können in der Altstadtzone zu Problemen führen. Aus den Baugesuchaus-schreibungen konnte die SP-Fraktion kürzlich entnehmen, dass in der Schmiedgasse ein Baugesuch eingereicht wurde, welches unter anderem die Umnutzung eines Ladenlokals in eine Garage vorsieht. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass in der Altstadtzone keine privaten Garagen bewilligt werden sollten. Der Stadtrat hat signalisiert, diese Motion als Postulat entgegenzunehmen. In diesem Sinn wandelt die SP-Fraktion die Motion in ein Postulat um. Es konnte nicht ganz nachvollzogen werden, weshalb der Stadtrat das erwähnte Baugesuch bewilligt hat. Aus welchen Gründen wurde diese Baubewilligung erteilt und wann wurde zum letzten Mal, die erwähnte Bewilligung ausgenommen, eine Garage in der Altstadtzone bewilligt?



Hr. Hansruedi Gilgen, Stadtrat, erklärt, dass die geltenden bau- und planungsrechtlichen Instrumente der Stadt Zofingen auf dem gesamten Gemeindegebiet keinerlei Einschränkungs- und Verbotsmöglichkeiten für Abstellplätze vorsehen. Sie schliessen für die Altstadtzone einzig die Erstellung freistehender – neuer – Garagen aus.

Auf kantonaler Ebene sieht § 55 Abs. 3 BauG vor, dass der Gemeinderat von der Pflicht zum Erstellen privater Abstellplätze ganz oder teilweise befreien kann, wenn wichtige öffentliche Interessen, namentlich des Ortsbildschutzes oder der Verkehrssicherheit, entgegenstehen. Diese Bestimmung geht aber nicht soweit, dass der Stadtrat mit der gleichen Begründung Parkplätze verbieten kann. Dafür wären gemäss § 55 Abs. 4 BauG ein Gesamtkonzept sowie in der kommunalen BNO explizite Verbote oder Einschränkungen für bestimmte Zonen nötig. Solche existieren in Zofingen auch für die Altstadtzone nicht.

Im Rahmen der anlaufenden Revision der Nutzungsplanung ist die Altstadtzone u.a. aufgrund der Motion SP (Aufteilung in Zonen mit Schwerpunkt Wohnen bzw. Gewerbe/Dienstleistungen) besonders zu überprüfen. In diesem Zusammenhang wird sich zwangsläufig und erneut auch die Frage des Verkehrsregimes in der Altstadt stellen. Die bisher vom Stadtrat verabschiedeten Grundlagen (Grundsatzbeschluss Ortsplanung 2010, Genehmigung Organisation und Meilensteine) reichen aber nicht aus bzw. sind zu allgemein gehalten, um in möglichen Konfliktsfällen präventiv eine Planungszone gemäss § 29 BauG oder eine Bausperre gemäss § 30 BauG zu erlassen.

Die Revision der BNO ist angelaufen. Dies bietet Gelegenheit, geltende Grundlagen zu überprüfen und bei Bedarf geänderten oder neuen Zielvorstellungen anzupassen. Dass aber – ohne Würdigung der Gesamtzusammenhänge – nun Einzelanliegen im Vorgriffsverfahren festgeschrieben werden, kann nicht im Sinne einer abgerundeten Revisionsvorlage sein. Der Stadtrat ist daher nicht bereit, den vorliegenden Vorstoss als Motion entgegenzunehmen. Der Stadtrat will aber – wie bereits angetönt – die Freiheit haben, heute geltende Grundlagen ohne Einschränkungen prüfen zu können. Die in andern Vorstössen geforderte Überprüfung der Altstadtzone und die allfällige Schaffung differenzierter Nutzungszonen in der Altstadt erfordern diese Freiheiten. Dass dabei für Zonen mit der Bevorzugung „Wohnen“ andere Ansprüche entstehen als in einer Zone mit Schwergewicht „Gewerbe/Freizeit“, versteht sich wohl von selbst. Und in dieser Betrachtungsweise müssen auch gesellschaftspolitische Realitäten berücksichtigt werden können.

Der Stadtrat nimmt den Prüfungsauftrag in Bezug auf die Erstellung von – neuen – Garagen in der Altstadt ernst. Er will aber keine Präjudizien schaffen und kann deshalb der Überweisung dieses Vorstosses in der Form eines Postulates durchaus zustimmen.

Der Überweisung des Postulates wird mit 22 : 10 Stimmen zugestimmt.

Art. 66

### **Umfrage**

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass im § 53 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates festgehalten ist, dass unter dem Traktandum „Umfrage“ mündliche kurze, mit Betonung auf kurze, Anfragen an den Stadtrat gestellt werden können. Diese sind sofort oder an der nächsten Sitzung zu beantworten.

### **Hinweis der Protokollführung**

An der Einwohnerratssitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.

Hr. Michael Wacker hat der Homepage der Stadt Zofingen entnommen, dass im Bereich Bauverwaltung zwei Stellen vakant sind. Der Bausekretär geht vorzeitig in den Ruhestand, und der Bauverwalter ist anscheinend krank geschrieben. Wie sieht die aktuelle Situation in diesem Bereich aus?

Hr. Hansruedi Gilgen, Stadtrat, bestätigt, dass der Bauverwalter zurzeit krank ist und Vakanzen in den Bereichen Hoch- und Tiefbau bestehen. Die vorzeitige Pensionierung des Bausekretärs ist seit längerem bekannt, aber der Stadtrat ist der Meinung, dass zuerst noch gewisse organisatorische Überlegungen angestellt werden müssen, bevor diese Stelle zur Wiederbesetzung ausgeschrieben wird. Die beiden Stellen im Bereich Hoch- und Tiefbau waren ausgeschrieben, und zumindest im Bereich Hochbau ist er optimistisch, dass eine gute Lösung gefunden werden kann. Im Bereich Tiefbau sieht es weniger erfreulich aus. Aber man hat sich mit externer Hilfe bestens organisiert.

Hr. Dieter Matter erinnert daran, dass heute Abend eine Informationsveranstaltung zum Thema Verkehr in der Region Zofingen mit dem Referenten Regierungsrat Peter Beyeler stattfindet. Es wäre schön, wenn möglichst viele Einwohnerräte/Einwohnerinnen anschliessend an diese Sitzung an der Informationsveranstaltung teilnehmen könnten.

Hr. Robert Weishaupt stellt fest, dass bei den unerledigten Geschäften immer noch die Motion aus dem Jahre 1971 der Einwohnerratsfraktion „Aktives Zofingen – az – Junge parteipolitisch neutrale Zofinger“ betreffend Streichung des Philosophenweges und der Kunzenbadstrasse aus dem Überbauungsplan offen ist. Was gedenkt der Stadtrat, aufgrund des negativen Entscheids der Ortsbürgergemeinde, in diesem Fall zu tun?

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, erklärt, dass es aufgrund der negativen Haltung der Ortsbürgergemeinde gegenüber eines Verkaufes dieses Landes wohl am sinnvollsten ist, wenn das Land im Zusammenhang mit der Revision der Bau- und Nutzungsordnung wieder zurückgezont wird.

Fr. Käthi Hagmann erklärt, dass sich Anwohner der Mühlethalstrasse und des Stöckliackerweges bei ihr über die extrem lange Bauzeit und die zum Teil schlechte Signalisation beschwert haben. Ist hier ein Ende in Sicht?

Hr. Urs Schaufelberger, Vizeammann, hat Verständnis für die Beschwerden der Anwohner/Anwohnerinnen. Es besteht aber Anlass zur Hoffnung. Es handelt sich um eine Kantonsstrasse, bei der der Kanton Bauherr ist. Die Arbeiten haben sich als relativ schwierig erwiesen. Gemäss Terminplan sollten die Arbeiten im September abgeschlossen sein. Die Fragen der Anwohner/Anwohnerinnen werden aber ernst genommen, und man hat die Bevölkerung in diesem Gebiet auch entsprechend informiert.

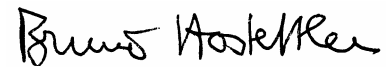
Fr. Käthi Hagmann erzählt, dass in diesem Sommer ein 14-jähriger Bursche bei der Abdankungshalle von Gleichaltrigen angehalten und aufgefordert wurde, sein Portemonnaie auszuhändigen. Der Bursche hat sich zuerst geweigert, doch nach massiven Drohungen CHF 20.– ausgehändigt. Sie hat dem Jungen empfohlen, Anzeige zu erstatten, aber aus Angst hat dieser darauf verzichtet. Wie können solche Zustände unterbunden werden? Wäre es sinnvoll, die Polizeipräsenz in diesem Bereich zu verstärken? Es kann nicht sein, dass es in Zofingen Orte gibt, an denen man sich unter Tags nicht mehr getraut, daran vorbei zu gehen.

Hr. Herbert H. Scholl, Stadtrat, erklärt, dass rund um die Abdankungshalle vermehrt Polizeikontrollen stattfinden. Jedoch ist es so, dass es eine Überwachung, und nicht Bewachung, ist. Eine Dauerpräsenz ist leider nicht möglich. Um solche Vorkommnisse zu vermeiden, braucht es gemeinsame Anstrengungen von Polizei und Schule. Es finden auch immer wieder ressortübergreifende Besprechungen statt, an denen solche Problematiken besprochen werden. Aber es liegt auch an jedem einzelnen Bürger/an jeder einzelnen Bürgerin einzugreifen, wenn man solche Vorkommnisse beobachtet. Es ist auch sehr wichtig, dass solche Geschehnisse der Regionalpolizei gemeldet werden. Denn wenn sich die Meldungen in diesem Bereich häufen, werden auch entsprechend mehr Stichproben in diesem Gebiet durchgeführt.

Schluss der Sitzung: 19.12 Uhr

Für getreues Protokoll:

DER RATSPRÄSIDENT



*Bruno Hostettler*

DER PROTOKOLLFÜHRER



*Arthur Senn*